Von der Geschlechtsneutralität zum Kampf um Geschlechtermacht

Zur Entstehung einer feministischen Partei in Schweden

TERESA KULAWIK

Ausländischen BeobachterInnen gibt Schweden immer wieder Rätsel auf. Es gelingt dort, scheinbar Widersprüchliches miteinander zu vereinbaren: ein im internationalen Vergleich hohes Maß an sozialer Gleichheit und Sicherheit mit einer kompetitiven Ökonomie, Individualisierung mit Familienorientierung und ansehnlichen Geburtenraten. Auch die Krise der 1990er Jahre hat Schweden bravourös gemeistert. Der Wohlfahrtsstaat wurde umgebaut und verschlankt. Mit seinen hohen Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung gilt das Land als Vorbild eines „vorsorgenden“, „investiven“ Sozialstaates.

Ausgerechnet im Musterland der Gleichstellung, mit einer beeindruckend hohen politischen Repräsentation von Frauen, kam es im Herbst 2005 zur Gründung einer feministischen Partei. Der Feministischen Initiative (Fi) wurden anfänglich durchaus gute Chancen eingeräumt, bei den Wahlen im Herbst 2006 in den Reichstag einzuziehen. Bei Umfragen im April 2005 äußerten über 20% der Befragten, dass sie es sich durchaus vorstellen könnten, eine feministische Partei zu wählen. Bei den Wahlen am 17. September 2006 erwarb die Fi jedoch nur 0,7 % der Stimmen. Dieses magerere Abschneiden ist einer Reihe von Faktoren geschuldet. Zu den wichtigsten zählen: strategische Fehler bei der Parteibildung sowie öffentlich ausgetragene Konflikte der herausragenden Gründungspersönlichkeiten; die Medien, deren anfängliches Wohlwollen einer vornehmlich negativen Berichterstattung wich; die Dramaturgie des Wahlkampfes, die von der Konfliktlinie zwischen dem „linken“ und dem „bürgerlichen“ Block bestimmt war und querliegende Themen marginalisierte.

Schwedische Gleichstellungspolitik – Widersprüche und Grenzen

Das für deutsche LeserInnen eigentlich Erstaunliche ist aber wohl, wie es zur Bildung einer feministischen Partei ausgerechnet in Schweden kommen konnte. Dies widerspricht nämlich einerseits der intuitiven Auffassung, dass ein Land mit einer im internationalen Vergleich so vorbildlichen Gleichstellungspolitik und nahezu paritätischen Geschlechterrepräsentation in den etablierten politischen Institutionen einer solchen Partei eigentlich gar nicht „bedürfe“. Andererseits widerspricht die der Parteiinitiative vorausgegangene außerparlamentarische Mobilisierung gängigen politikwissenschaftlichen Theorien. Hiernach hätte die umfassende Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik eigentlich zu einer Entpolitisierung der Geschlechterfrage in Schweden führen sollen – aber das Gegenteil war der Fall.

So erfolgreich sich die schwedische Geschlechterpolitik im internationalen Vergleich

unbestreitbar darstellt, sie war immer durch eine Reihe von Widersprüchen und Begrenzungen gekennzeichnet. Die Gleichstellungspolitik war ein sozial-liberales Projekt und in erster Linie auf die Herstellung individueller Chancengleichheit gerichtet, eingebettet in einen weiteren gesellschaftspolitischen Kontext – den ich als produktivistisches Paradigma bezeichne (vgl. Kulawik 1992). Aufgrund der starken integrativen Kraft dieses Modells und der Offenheit der politischen Institutionen war die Mobilisierung der Frauenbewegung in den 1960er und 1970er Jahren stark an die etablierten politischen Institutionen und produktivistischen Parameter gebunden. Dies äußerte sich nicht zuletzt darin, dass Forderungen nach öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und ein erwerbsbezogenes Emanzipationskonzept Vorrang hatten vor Themen der Körper- und Sexualpolitik.

Die Grenzen der Gleichstellungspolitik sind, wie Yvonne Hirdman (1990) in ihrem Gutachten im Rahmen der Enquêtekommission zu Machtverhältnissen in Schweden im Jahr 1990 urteilte, in ihren wesentlichen Konstruktionsprinzipien eingelassen: Die Geschlechterfrage wurde vorrangig als Verteilungsfrage und nicht als Machtfrage verstanden. Mit den Prinzipien der individuellen Wahlfreiheit und der Geschlechtsneutralität war eine wirkliche Umverteilung von Macht und Ressourcen zwischen Männern und Frauen weder möglich noch beabsichtigt. So wurde in der offiziellen Rhetorik die Rede von Interessens- und Machtunterschieden der Geschlechter lange Zeit vermieden. Dies hat sich aber in den 1990er Jahren verändert.

Die Politisierung der Geschlechterfrage

Weder die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik, noch die Krise der 1990er Jahre hat zu einer Entpolitisierung der Geschlechterfrage geführt. Vielmehr erreichte die Geschlechterfrage eine enorme Präsenz in der Öffentlichkeit, zugleich kam es zu einer neuen Welle außerparlamentarischer Mobilisierung. Wie ist das möglich? Ich vermag hier nur eine vorläufige Interpretation zu präsentieren.

Die Krise der 1990er Jahre, die zugleich eine politische und sozioökonomische Krise war, hat deutlich gemacht, wie prekär die bisherigen Errungenschaften waren. Mit den Wahlen von 1991 kam es zu einem Machtwechsel und zur Bildung einer bürgerlichen Regierung, die erstmalig seit 1930 von einem konservativen Premierminister geführt wurde. Gleichzeitig ist der Anteil von Frauen im Reichstag von 38% auf 33% zurückgegangen, was auf den Einzug der Christdemokratischen Partei und der populistischen Neuen Demokratie in den Reichstag zurückzuführen war. Diese Verschiebungen waren auch Ausdruck davon, dass die alten politischen Strukturen, die in Schweden länger als in anderen Ländern ihre bindende Kraft bewahrt haben, sich lockerten. Der Rückgang der Frauenrepräsentation im Parlament wirkte wie ein Warnsignal mit doppelter Wirkung. Einerseits erfolgte eine verstärkte Abwendung von den etablierten Politikformen und eine Bildung von Gegenöffentlichkeiten. Andererseits kam es zur Gründung der sogenannten „Stützstrümpfe“ (Stödstrumporna), eines Netzwerkes von Feministinnen, die größtenteils schon in den 1970er Jahren aktiv wa-

ren, die mit der Gründung einer feministischen Partei drohten. Zu diesem Netzwerk gehörten einige, die seit 2004 die Gründung der feministischen Partei betrieben. Obwohl die „Stützstrümpfe“ es in den 1990er Jahren bei der Drohung bewenden ließen, kann diese Initiative als außerordentlich erfolgreich bezeichnet werden. Sie beunruhigte die etablierten Parteien so sehr, dass sie sich zunehmend geschlechterpolitisch zu profilieren begannen. Davon hat vor allem die Linkspartei profitiert, die sich als erste „feministische Partei“ nannte. Deren legendäre Vorsitzende Gudrun Schyman verließ die Partei im Jahre 2003 und zählt zu den Initiatorinnen der Fi.

Feministische Wissenschaft als Katalysator

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess der Radikalisierung der Geschlechterfrage spielten feministische Wissenschaftlerinnen. Anders als in Deutschland waren sie nämlich durchaus in den großen Tageszeitungen und im Fernsehen präsent. Darüber hinaus bot ihnen die enge Verzahnung von Politik und wissenschaftlicher Expertise den Zugang zu Enquêtékommisionen, die den Stand der Geschlechterverhältnisse und die Gleichstellungspolitik kritisch durchleuchteten.

So hat die bereits erwähnte Enquête-Kommission zur Machtverteilung in Schweden eine schleichende Verschiebung der Begrifflichkeiten eingeleitet. Hirdman hat hier das Konzept des Geschlechtersystems in die öffentliche Diskussion eingeführt. Erstmals sprach dann die bürgerliche Regierungskoalition im Jahr 1993 in ihrer gleichstellungspolitischen Gesetzesvorlage von einer existierenden Geschlechtermachtordnung (könsmaktordning). Berichte von Enquête-Kommissionen in den 1990er Jahren, wie „Jede Zweite Frau“ (Varannan Damernas) zur Quotierung sowie die „Frauenmachtuntersuchung“ (Kvinnomaktutredning) schrieben das Konzept der „Geschlechtermachtordnung“ fort und setzten Geschlecht als strukturelles Verhältnis von Genusgruppen auf die politische Tagesordnung. Die erlebten Widersprüche zwischen ideologisch verkündeter Gleichheit und real erfahrener Ungleichheit wurden mit Hilfe der Geschlechterforschung benannt und öffentlich artikuliert. Dazu gehörten insbesondere Themen wie Segregation auf dem Arbeitsmarkt, die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit sowie Gewalt gegen Frauen. So erlebte Schweden in den 1990er Jahren die etwas paradoxe Situation, dass das Land zwar die höchste Frauenrepräsentation im Parlament vorweisen konnte, zugleich aber die Unzufriedenheit mit der Parteipolitik unter Frauen wuchs (vgl. Eduards 2002).

Schritte zur Parteigründung

Die Netzwerke, die in den 1990er Jahren entstanden, bildeten organisatorisch und intellektuell den Boden, auf dem die Parteigründung seit 2004 vorbereitet wurde und schließlich im September 2005 erfolgte. Im Vorfeld der Neugründung der Fi wurden monatelange Gespräche geführt, die es ermöglichten, eine gemeinsame Plattform zu finden. Schyman, die ehemalige Parteivorsitzende der Linkspartei, hat hierbei eine

entscheidende Rolle gespielt (vgl. Nilsson 2006). Dem Selbstverständnis nach handelt es sich um eine feministische Partei, da sie sich auch an Männer richtet und das Geschlechterverhältnis als Machtverhältnis begreift. Im Gegensatz zur Konsensusorientierung der schwedischen Politik, bei der Gleichstellung als etwas dargestellt wird, das für alle nur Vorteile bringt, betont die Programmatik der Fi die Konflikthafte: „Die Feministische Initiative gründet ihre Politik auf einer Analyse, die deutlich macht, dass die Unterordnung von Frauen aus der Suprematie von Männern resultiert. Deshalb müssen Männer auf Privilegien verzichten“ (Feministisktinitiativ 2006, Übersetzung TK). Das explizite Bestreben der Fi ist es, das Links-Bürgerlich-Schema der schwedischen Parteienlandschaft zu durchbrechen. Die Programmatik versucht zusammenzuführen, was inzwischen zum Kanon feministischer Theorie zählt: Lohn- und Sozialpolitik mit Queerstandpunkt und Intersektionalitätsperspektive.

Zumindest in der Außendarstellung ist die Integration so vielfältiger Anliegen und Richtungen nicht gelungen. Noch vor der offiziellen Parteigründung kam es zu medienöffentlich ausgetragenen Konflikten und „Austritten“ von Führungsfrauen. Dabei fällt es schwer auszumachen, ob diese Inszenierungen vorrangig auf inhaltlich begründeten Konflikten beruhten, oder schlicht Diven-Allüren darstellten. Die Medien spielten, wie eingangs bereits erwähnt, bei der Demontierung der Partei eine herausragende Rolle. Die anfängliche Liebesbeziehung entwickelte sich rasch zu einem Verhältnis, in dem Homophobie und sexistische Stereotype Urstände feierten. Die mediale Berichterstattung verdeutlicht insofern auch, wie sehr gerade auch ein als gleichstellungspolitisch vorbildlich geltendes Land wie Schweden einer feministischen Partei bedarf. Es wird sich erweisen, ob es der Fi gelingt, eine Lehre aus dem Desaster des ersten Anlaufs zu ziehen und bei den nächsten Wahlen in den Reichstag einzuziehen.

Literatur

Eduards, Maud, 2002: *Förbjuden handling. Om kvinnors organisering och feministisk teori*. Malmö.

Feministiskt initiativ, 2006: Plattform für Feministiskt initiativ. Internet: <http://www.feministisktinitiativ.se/plattform.php> [13.11.2006].

Hirdman, Yvonne, 1990: „Genussystemet“. *Demokrati och Makt i Sverige*. SOU 1990, 44, 73-116.

Kulawik, Teresa, 1992: „Die Krise des produktivistischen Universalismus. Zur Zukunft wohlfahrtsstaatlicher Politik in Schweden“. *Zeitschrift für Sozialreform*. 38. Jg. H. 11 & 12, 746-786.

Nilsson, Johanna, 2006: *Ett Feministiskt initiativ. Hur och varför?* Magisteraufsatz. Staatswissenschaftliches Institut, Universität Lund.